

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/89  
Telex: 8 86846 ppbn d  
Telefax: 21 0864

## Inhalt

Dr. Brunhilde Peter zu den jüngsten Äußerungen von Dr. Blüm: Argumentation auf Stammtisch-Niveau.

Seite 1

Heinz Menzel MdB zu einem Ergebnis gezielter CDU-Politik: Die Wohnungsmisere verschärft sich.

Seite 2

Michael Müller MdB zur Gefährdung der Erdatmosphäre: Mahnung zum ökologischen Umdenken (Teil II und Schluß).

Seite 3

Barbara Schmidbauer MdEP zum Erfordernis, den Frauenstrafvollzug in Europa zu liberalisieren: Der Resozialisierung Vorrang geben.

Seite 5

Carmen König MdL zur Privilegierung von Beschäftigten des Freistaates: Billigwohnungen für hochverdienende bayerische Beamte.

Seite 6

44. Jahrgang / 65

5. April 1989

Argumentation auf Stammtisch-Niveau

Zu den jüngsten Äußerungen von Dr. Blüm

Von Dr. Brunhilde Peter  
Gesundheitsministerin des Saarlandes

Arbeitsminister Blüm leidet offensichtlich unter einem beachtlichen Realitätsverlust. Der Druck, der seit dem „Selbsttor Gesundheitsreform“ auf ihm lastet, führt offensichtlich dazu, daß Blüm sich in seiner Argumentation nunmehr auf Stammtischniveau bewegt.

Blüm hatte im Zusammenhang mit der Diskussion um die sogenannte Gesundheitsreform gesagt: „Die Wehleidigkeit der Deutschen, die wegen zehn Mark den Zusammenbruch des Sozialstaats befürchten, geht mir langsam auf den Keks.“ Dieser Satz ist unerträglich.

Nachdem sich das, was Blüm als Jahrhundertwerk angekündigt hatte, nicht nur als Mogelpackung, sondern als sozial ungerechte Gesetzgebung par excellence erwiesen hat, versucht er nun, nach dem Motto „Haltet den Dieb“ anderen die Schuld dafür zu geben.

Das Problem ist nicht der Zuschuß für offene Badekuren oder andere Einzelregelungen, das Problem ist, daß Blüm's „Reform“ an den wirklichen Erfordernissen für eine sinnvolle und notwendige Neuordnung des Gesundheitswesens völlig vorbeigeht.

Statt der längst überfälligen Reform des gesetzlichen Krankenversicherungssystems und dem Drängen auf eine stärkere Verantwortung und Beteiligung der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen, werden die Versicherten doppelt und dreifach zur Kasse gebeten. Das ist der Weg des geringsten Widerstandes, der vor allem zu Lasten der sozial Schwachen geht.

Nicht die Bevölkerung ist wehleidig, wenn sie sich über falsche Gesetze beklagt, sondern die Politiker sind wehleidig, die angesichts offenkundiger Fehlentscheidungen nicht das Rückgrat zur Übernahme der Verantwortung haben, sondern vielmehr nach einem „besseren Wahlvolk“ rufen.

(-/5.4.1989/va-ha/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit dem mehrfarbigen  
Recyclingpapier



**Die Wohnungsmisere verschärft sich**

**Zu einem Ergebnis gezielter CDU-Politik**

**Von Heinz Menzel MdB**

**Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

Daß der Bundeswohnungsbauminister und die CDU mit ihrer Wohnungsbaupolitik Schiffbruch erlitten haben, wissen nicht nur die Fachleute, das spürt auch jeder Bürger, der eine Wohnung sucht.

Und das spüren in zunehmendem Maße die Mieter an den steigenden Mieten.

Immer wieder versuchen der Bundeswohnungsbauminister und die CDU, die Ministerpräsidenten für die jetzige Misere auf dem Wohnungsmarkt mit verantwortlich zu machen.

Sie berufen sich dabei auf einen Beschluß der Ministerpräsidenten aus Mitte der 80er Jahre, in dem diese den Wohnungsbau zur Ländersache erklärten und den Bund aufforderten, sich daraus zurückzuziehen.

Der zweite Teil dieses Beschlusses, daß der Bund die bis dahin für die Förderung des Wohnungsbaus aufgewandten Mittel auf die Länder übertragen solle, wird vom Wohnungsbauminister und der CDU unterschlagen.

Es ist mehr als hilflos, wenn Wohnungsbauminister und CDU nun den Ministerpräsidentenbeschluß für ihre gescheiterte Wohnungsbaupolitik verantwortlich machen wollen.

Richtig ist, daß die CDU schon lange vor diesem Beschluß und zwar in der Zeit, in der sie noch in der Opposition war, ihre jetzige Politik „weg von der Objektfinanzierung - der Markt wird's schon richten - Härten werden durch das Wohngeld gemildert“ als ihre Auffassung von richtiger Wohnungsbaupolitik verkündet hat.

(-/5.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Mahnung zum ökologischen Umdenken (Teil II und Schluß)

Zur Gefährdung der Erdatmosphäre

Von Michael Müller MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission  
„Schutz der Erdatmosphäre“

III.

In den Industrieländern müssen wir das mechanische Verständnis von den vermeintlich selbstverständlich positiven Wirkungen des technisch-ökonomischen Wachstums ablegen, so wie es in dem lange Zeit vorherrschenden „Wissenschafts-Industrialisierungs-Fortschritts-Paradigma“ (Kreibich) angelegt ist. Die ökonomisch bestimmte Industrialisierungsdynamik setzt gesellschaftliche Rationalität außer Kraft und produziert aus sich heraus nicht nur ökonomischen Reichtum, sondern auch gewaltige Risiken, die immer mehr die Vorteile der Wachstumsentwicklung überdecken.

Die norwegische Ministerpräsidentin und Vorsitzende der UN-Kommission „Umwelt und Entwicklung“, Gro Harlem Brundtland, hat auf der Weltklimakonferenz von Toronto (Sommer 1988) die Gefahr einer Klimakatastrophe mit den möglichen Folgen eines Atomkrieges verglichen. Dieses Beispiel verdeutlicht, um welche Herausforderungen es sich handelt, die mit der Klimakatastrophe auf die Menschheit zukommen können. Die Menschheit braucht deshalb die Aufklärung über die uns alle bedrohenden Gefahren, um ein neues Verständnis von Fortschritt und eine neue Kultur des Bewahrens der Natur zu entwickeln. Dies setzt ein solidarisches Verantwortungsbeußtsein aller Staaten voraus. Die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaften ist möglich, sie erfordert jedoch eine Überwindung der politisch-konzeptionellen Defizite.

Die Ziele einer erfolgversprechenden Gegenstrategie sind bekannt:

- Die Verbrennung fossiler Energieträger muß systematisch verringert werden. Dafür ist eine rationelle Energiepolitik notwendig, die sowohl systematisch Einsparungen fördert als auch zugleich eine „Effizienzrevolution“ vorantreibt. Damit ist eine wesentlich bessere Ausnutzung im Primärenergieeinsatz zu erreichen.
- Mittelfristig muß die Menschheit vor allem die Sonne, die größte und unerschöpfliche Energiequelle, nutzen. Auf dieses Ziel sind wissenschaftliche und ökonomische Anstrengungen zu konzentrieren. Konventionelle Energieträger müssen verteuert werden, um die Nutzung der Solartechnik rentabel zu machen.
- Auch bei der Nutzung des Automobils („Blechliefing“) muß umgedacht werden. Der Verkehrssektor hat sich zu einem gewaltigen und erstrangigen Umweltzerstörer entwickelt. Das umweltfreundliche Verkehrssystem, zu dem auch das Auto in einer vernunftgerechten Weise gehören kann, muß ins Zentrum industriepolitischer Innovationen gerückt werden.
- Der nach wie vor hohe Einsatz von ozon- und klimaschädigenden Chemikalien muß zügig beendet werden. Diese Stoffe sind in vielen Anwendungsbereichen nicht erforderlich, jedoch äußerst schädlich. Die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat hierfür mutige Ziele gesetzt. Der einmütige Beschluß des Bundestages zum Verbot der FCKW ist ein Schritt, den die Bundesregierung jetzt einlösen muß. Industrie und Bundesregierung dürfen die Tragweite eines derartigen Beschlusses nicht verkennen.
- Die Entwicklungsländer brauchen solidarische Hilfe, um bessere Rahmenbedingungen für eine dauerhafte und umweltverträgliche Entwicklung zu geben. Unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes gehören hierzu Programme einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und zur Entschuldung.

Der Schutz des Klimas muß auch international zu einer neuen Qualität politischer Zusammenarbeit führen. Dazu gehören:

- a) eine zeitliche und mengenmäßige Verschärfung des Protokolls von Montreal zur Verringerung und zum Verbot von ozon- und klimaschädlichen Chemikalien;
- b) eine „Internationale Klimakonvention“, die Reduktionsziele für alle klimaschädlichen Treibhausgase vorsieht. Diese Konvention muß den unterschiedlichen nationalen Bedingungen gerecht werden und in abgestuften Fristen weitreichende Zielsetzungen verbindlich festlegen;
- c) die Einführung einer Energie-Abgabe, die auf konventionelle Energieträger erhoben wird. Sie soll einerseits zum Energiesparen zwingen und andererseits den Tropenländern zugute kommen, wenn diese auf die Abholzung der Wälder verzichten und Aufforstungsprogramme in Angriff nehmen;
- d) die Einrichtung eines ständigen Umweltrates bei den Vereinten Nationen. In den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik müssen zukünftig generell Umweltreferenten tätig sein.

Ein wichtiger Faktor für die Atmosphärenzerstörung sind Verbrennungsprozesse. Hierbei geht es insbesondere um den Energiesektor. Die ökologische Modernisierung der Industriesysteme und der vorsorgende Schutz der Atmosphäre erfordern deshalb insbesondere, das System der Energieversorgung auf eine neue Basis zu stellen. Diese kann nur in einer systematischen Kette aus Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung der Solarenergie liegen. Dagegen taugen jene Konzepte nichts, die lediglich das eine Risiko (drohende Klimakatastrophe) durch ein anderes Risiko (Gefahr einer atomaren Kernschmelze) ersetzen wollen. Neues Denken zielt auf eine Energieversorgung, die zugleich umweltschonend, effizient und risikoarm ist. Dies erfordert die Bereitstellung umweltverträglicher Energiedienstleistungen, wofür die Energiepolitik vor allem auf der Nachfrageseite ansetzen muß. Die Abkehr vom Wachstumsglauben in der Energiepolitik ist die Voraussetzung für ein umweltverträgliches System, nicht dagegen das Festhalten an einer riskanten, sogar militärisch zu mißbrauchenden Technologie.

Die schleichende Zerstörung der Atmosphäre stellt die Politik vor eine gewaltige Herausforderung. Dies erfordert eine Überwindung der politischen Stagnation in den wichtigsten Umweltbereichen. Wir brauchen nicht nur ein geschärftes Problembewußtsein, sondern auch eine neue Qualität von Umweltpolitik. Dies ist mit einem Festhalten an überholten Positionen nicht zu erreichen, sondern nur in der Bereitschaft, für das Zielproblem adäquat zu handeln. Und das Ziel ist klar: Schutz der Atmosphäre, um den Schutz der Lebensbedingungen für zukünftige Generationen zu erreichen.

(-/5.4.1989%vo-he/rs)

Der Resozialisierung Vorrang geben

Zum Erfordernis, den Frauenstrafvollzug in Europa zu liberalisieren

Von Barbara Schmidbauer MdEP  
Mitglied des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments

Der Strafvollzug für Frauen sollte nach Meinung der Mehrheit des EP-Frauenausschusses in den Mitgliedstaaten der EG liberalisiert werden. Ziel muß die Einführung alternativer Maßnahmen zu den bisher üblichen Haftstrafen sein, damit die Resozialisierung der straffälligen Frauen besser als bisher verwirklicht wird.

Gegenwärtig sind rund vier Prozent der Inhaftierten in den Gefängnissen der Gemeinschaftsländer Frauen. Sie sitzen meist weniger wegen Straftaten gegen die Person ein als vielmehr wegen Eigentumsdelikten. Dabei spielen Drogendelikte eine zunehmende Rolle. Weibliche Gefangene leiden nach der Untersuchung des EP-Frauenausschusses gesundheitlich sehr viel stärker unter dem Freiheitsentzug als Männer. Sie reagieren auf die Belastungen und Frustrationen mit Krankheiten und Selbstverstümmelung. Männliche Gefangene hingegen werden nach Auskunft des Gefängnispersonals eher aggressiv und gewalttätig.

Der EP-Frauenausschuß hat den Bericht und eine Entschließung der Labour-Abgeordneten Christine Crawley zum Problembereich „Frauen und Kinder im Gefängnis“ gerade verabschiedet. Da die Abstimmung nach der Geschäftsordnung zur Entlastung des Plenums am Ende dieser Legislaturperiode erfolgte, gilt das Abstimmungsergebnis als Plenumsbeschluß. Gegen die Entschließung stimmten - war es anders zu erwarten? - lediglich Konservative und Christdemokraten.

Christine Crawley hat zur Vorbereitung ihres Berichts 16 Frauengefängnisse in Europa besucht - darunter auch die Haftanstalt in Preungesheim in Frankfurt. Dort ist sie auf die besonders schwierige Lage inhaftierter Frauen und ihrer Kinder gestoßen. Das EP hat sich den Ergebnissen ihrer Untersuchung erfreulicherweise angeschlossen.

In der Entschließung werden die Mitgliedstaaten der EG aufgefordert, die Haftbedingungen für Frauen grundlegend zu liberalisieren - etwa so, wie es in Preungesheim noch vor einiger Zeit üblich war - und der Resozialisierung unbedingten Vorrang einzuräumen. Besonders für die inhaftierten Frauen mit Kindern muß sich in vielen Gefängnissen Europas wesentliches bessern.

Dabei geht es nicht nur um liberale Besuchsregeln und das Ermöglichen von Außenkontakten. Vor allem erscheinen mir die Abschaffung der entwürdigenden Leibesvisitationen wichtig sowie die Beschäftigung von Personal, das für die Betreuung von Mutter-mit-Kind-Einheiten besonders ausgebildet ist. Generell ist jedoch zu verlangen, daß das Gefängnispersonal wesentlich besser qualifiziert wird.

Da nachweislich ein enger Zusammenhang zwischen der Straffälligkeit von Frauen, ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und Armut besteht, verlangt das Parlament nachdrücklich vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut von Frauen. Denn das Vorbeugen einer Straftat ist gerade im Hinblick auf die bei Frauen besonders verbreiteten Eigentumsdelikte in stärkerem Maße erfolgversprechender als bei anderen Straftaten.

(-/5.4.1989/vo-hc/rs)

**Billigwohnungen für hochverdienende bayerische Beamte**

**Zur Privilegierung von Beschäftigten des Freistaates**

Von Carmen König MdL

Die sich häufenden Presseberichte über hochbezahlte bayerische Staatsdiener, die für ihre Wohnungen Mieten bezahlen, die weit unter denen des freien Wohnungsmarktes liegen, haben die SPD-Landtagsfraktion zu einer detaillierten Schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung veranlaßt.

Ein Beispiel dafür ist der pensionierte Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Rainer Keßler: er wohnt in München in einer 100 Quadratmeter-Wohnung einer Villa des Freistaates, in der ein Quadratmeterpreis von acht bis zwölf Mark verlangt wird, während der freie Wohnungsmarkt in dieser Gegend um die 20 Mark pro Quadratmeter fordert. Im bayerischen Oberland hat Rainer Keßler ein Ferienhaus mit 160 Quadratmeter Wohnfläche und 1.000 Quadratmeter Berggarten. Dafür verlangt sein früherer Arbeitgeber, der Freistaat, ganze 400 Mark (wogegen Keßler auch noch protestierte: „Die Miete ist viel zu hoch.“), während solche Objekte auf dem freien Wohnungsmarkt nach Angaben eines Immobilienbüros mindestens 1.500 Mark kosten würden.

Wir wollen wissen, welche Personengruppen Anspruch auf eine Dienstwohnung haben, wie hoch der Bestand an Dienstwohnungen ist und wie sich diese auf die Planungsregionen im Verhältnis zu der Zahl der jeweiligen Staatsbediensteten verteilen.

Weiter fragen wir nach dem Verhältnis der Dienstwohnungen für Angehörige der einfachen, des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes beziehungsweise der entsprechenden Angestell- tengruppen des öffentlichen Dienstes zu der Zahl der jeweiligen Staatsbediensteten.

Auskunft geben soll die Staatsregierung auch, wie jeweils die Miethöhe für die Dienstwohnungen ermittelt wird und ob die Miethöhe dem ortsüblichen Marktdurchschnitt für vergleichbare Objekte entsprechen soll.

Schließlich erkundigen wir uns danach, welche steuerlichen Probleme sich gegebenenfalls aus der Tatsache ergeben, daß Staatsbedienstete in der Dienstwohnung weniger Miete zahlen müssen als andere Staatsbedienstete und wie die Staatsregierung den Umstand beurteilt, daß durch Dienst- wohnungen gleiche Leistung unterschiedlich bezahlt wird.

Wir befürchten, daß die bisher bekanntgewordenen Fälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Angesichts der katastrophalen Situation auf dem Wohnungsmarkt und der Tatsache, daß vor allem in den Ballungsräumen für durchschnittlich verdienende Mehrkinderfamilien kaum mehr bezahl- barer Wohnraum zur Verfügung steht, sind Billigwohnungen für ohnehin Privilegierte eine soziale Provokation.

(-/5.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*